

Dresdner Volkszeitung

Volksredaktion: Dresden, Nr. 1208, Aden & Comp. Organ für das werktätige Volk. Druckstellen: Edlische Staatsdruckerei, Dresden, Haupt- & Arbeiter-Verlag, Dresden, Brüder Krüger, Dresden.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden. Der Inhalt von Sitzungen hiesiger Art, ist es durch eine Reihe früherer Gesetze, hat der Besitzer der Dresdner Volkszeitung seinen Anbruch auf Förderung des Bezugspreises über auf Rückführung der Zeitung.
Preis: 10 Pf. monatlich, 1.00 M. vierteljährlich, 3.00 M. halbjährlich, 6.00 M. jährlich. Einmalige Beiträge nach Vereinbarung.
Abbestellung: 1.00 M. vierteljährlich, 3.00 M. halbjährlich, 6.00 M. jährlich.
Anzeigenpreise: 1.00 M. pro Zeile pro Tag. 1.00 M. pro Zeile pro Woche. 1.00 M. pro Zeile pro Monat. 1.00 M. pro Zeile pro Vierteljahr. 1.00 M. pro Zeile pro Halbjahr. 1.00 M. pro Zeile pro Jahr.
Abdruck: 1.00 M. pro Zeile pro Tag. 1.00 M. pro Zeile pro Woche. 1.00 M. pro Zeile pro Monat. 1.00 M. pro Zeile pro Vierteljahr. 1.00 M. pro Zeile pro Halbjahr. 1.00 M. pro Zeile pro Jahr.
Abdruck: 1.00 M. pro Zeile pro Tag. 1.00 M. pro Zeile pro Woche. 1.00 M. pro Zeile pro Monat. 1.00 M. pro Zeile pro Vierteljahr. 1.00 M. pro Zeile pro Halbjahr. 1.00 M. pro Zeile pro Jahr.

Nr. 18 Dresden, Sonnabend, den 21. Januar 1933 44. Jahrgang

Nazifreigheit verlängert Schleicher-Kurs

Reichstagsverschiebung bis Januarende Braune Sehnsucht nach Ausschaltung der Volksvertretung

Der Vorkostenrat des Reichstags beschloß am Freitag nachmittag, den Reichstag zu Dienstag, den 31. Januar, einzuberufen. Ein nationalsozialistischer Antrag, dem Reichstagspräsidenten Göring die Vollmacht für die Festsetzung der nächsten Reichstagsitzung zu geben und den Reichstag auf unbestimmte Zeit zu vertagen, wurde gegen die Antragsteller abgelehnt. Die Nazis wollen also den Reichstag noch länger ausschalten und die Regierung Schleicher weiter tolerieren, während sie draußen gegen die Regierung donnern und Opposition spielen!

Politik und Gerichtsvollzieher

Was sich der Vorkostenrat gestern geleistet hat, war auch noch nicht da. Eine Regierung verlangt Einberufung des Reichstags, um Klarheit zu erlangen, und die Mehrheit der obersten Vertretung des Parlaments erklärt: „Wir wollen noch nicht, wir sind noch nicht so weit, wir brauchen noch eine Weile Unklarheit.“ Wie in verschiedenen Parlamenten Deutschlands, so liegt auch die Arbeitsunfähigkeit des Reichstags an den Nationalsozialisten. Sie wollen keine verantwortliche gesetzgebende Mehrheitsbildung mitmachen, weil sie Angst vor dem eigenen Schwindel haben, und sie können sich auch nicht zur Opposition entschließen, weil sie Neuwahlen fürchten. Darum ging gestern der Antrag der Nazis auf Ausschaltung des Reichstags am weitesten. Diese Maulhelden verlangten Vertagung auf unbestimmte Zeit.

Der Sozial. Pressedienst schreibt über die Sitzung des Reichstages:
„Wir sind entschlossen, jeden Kampf zu wagen“, so drohte am Freitag morgen Goebbels der Regierung Schleicher. Am Abend des Freitag aber stellten Brüder und Goebbels im Vorkostenrat den Antrag, den Zusammenbruch des Reichstags auf unbestimmte Zeit zu verschieben. So schnell in ihre Kampfbereitschaft durch Verhandlungssucht erregt worden. Als sie mit ihrem Antrag allein blieben, stimmten sie einem Zentrumsantrag zu, daß der Reichstag erst am 31. Januar zusammenzutreten solle. Aber auch für diese Sitzung soll erst am 27. Januar in einer neuen Sitzung des Reichstages die Tagesordnung festgelegt werden. Beide Beschlüsse wurden gegen den Widerstand von Sozialdemokraten und Kommunisten gefaßt.

Welche politischen Absichten mit der neuen Vertagung des Reichstags verbunden sind, war aus den Erklärungen der Deutschnationalen und der Reichsregierung deutlich zu entnehmen. Staatssekretär Brand gab die Erklärung ab, eine längere Vertagung des Reichstags sei für die Regierung nur erträglich, wenn sie mit einer Klärung der politischen Lage verbunden sei. Und wenn der Sprecher der Deutschnationalen, Abg. Oberführer, meinte, der Reichstagsantrag der letzten acht Tage müsse bald ein Ende bereitet werden, aber ob das in Reichstag zu geschehen habe, sei eine andere Frage, so ließ auch das erkennen, daß man die bereits eingeleiteten Verhandlungen mit den Nazis nicht vorzeitig aufheben oder gar brechen wolle.

Möglich war die Begründung, die Nazi-Fried für den schmächtigen Anlauf der Nazis gefunden hatte. Er sagte nicht etwa, man wolle noch Zeit haben für die Verhandlungen mit der Regierung oder anderen Parteien. Dazu hätte politischer Mut und Ueberzeugungstreue gehört. Der Reichstag müsse in erster Linie den Haushaltsplan beraten, so meinte dieser angebliche Gegner des Parlaments. Ihn störte auch nicht, daß die Regierung noch nicht einmal die Beratung des Etats begonnen hat, seine Vertagung an den Reichstag also erst in vielen Monaten möglich ist. Doch in der heutigen Sitzung des Vorkostenrates die Nazis die sofortige Abstimmung über einen Vorkostenrat an die Regierung Schleicher gefordert hatten, war ihm ebenfalls zwar unangenehm, aber gleichgültig. Die Nazis brachten ja nur einen Vorwand, um sich vor einer ihnen unangenehmen politischen Entscheidung zu drücken und die Stellungnahme zur Regierung Schleicher zu vermeiden.

Das hinterlistige Verhalten der Nazis, die in der Dunkelkammer des Vorkostenrates das Gegenteil von dem tun, was sie draußen in der Öffentlichkeit mit tausend Uebeln beschwören, wäre aber nicht erfolgreich gewesen, wenn es nicht Unterstützung durch das Zentrum gefunden hätte. Der Abgeordnete Bell, der in der Vorkostenratung vom 4. Januar den 24. Januar als endgültigen Termin für den Zusammentritt des Reichstags vorschlug, stellte am Freitag den Antrag, den Zusammentritt bis zum 31. Januar hinauszuschieben. Das Zentrum hat also, um die Nazis vor der gefährlichsten Auflösung des Reichstags zu bewahren, die Hand geboten zu einer Weiterführung des Intrigenspiels mächtiger Klauen, das seit Wochen das politische Leben vergiftet und die Nazis vor der Abrechnung schützt. Wie es heißt, soll noch einmal der Versuch gemacht werden, mit Hitler als Kanzler die Bildung einer Mehrheitsregierung zu versuchen.

Um diese Komödie richtig zu würdigen, muß man schon die Nazipresse zitieren. Da wird gegen Schleicher gedonnert und das „System“ gegeißelt, da klingt es, als wolle man es keine Stunde länger dulden. Die gestrige Nummer des Reichsmann-Blattes schreibt in fetten Ueberschriften: „Das Volk soll vergewaltigt werden...“ „Die Konstitution des Staatsnotstandes...“ Und tut so, als wolle es gegen „Diktaturpläne“ mobilisieren. Alles Theaterdonner! Denn was die Nazis im Vorkostenrat verübt haben, ist weitere Tolerierung des Kabinetts Schleicher, ist weitere Ausschaltung des Reichstags, eine Ausschaltung, bei der die Nazis seit Anfang Dezember mitwirken. Sie belügen das Volk, als sie die Verantwortung für das Kabinettskrisen ablehnen, sie belügen das Volk noch immer, indem sie sich gebärden, als könnten sie nichts für den Schleicher-Neuers.

Fort mit der Krankenscheingebühre!

Die Sozialdemokratie hat in ihrem Kampf für die Wiederherstellung der sozialen Leistungen auf den früheren Stand wieder einen wichtigen Erfolg erzielt.
Im sozialpolitischen Ausschuss des Reichstags wurde am Freitag ein sozialdemokratischer Antrag angenommen, wonach die durch Notverordnung den Kranken auferlegte Krankenschein- und Rezeptgebühre aufgehoben werden soll. Staatssekretär Grieser vom Reichsarbeitsministerium behauptete allerdings, daß die Zeit für die Aufhebung dieser Sonderbelastung „noch nicht gekommen“ sei. Die Vollversammlung des Reichstags wird also durch Vertagung des Ausschusses dafür sorgen müssen, daß die ungerechte Belastung der Versicherten so schnell wie möglich beseitigt wird.

Die Sozialdemokratie hat in ihrem Kampf für die Wiederherstellung der sozialen Leistungen auf den früheren Stand wieder einen wichtigen Erfolg erzielt.
Im sozialpolitischen Ausschuss des Reichstags wurde am Freitag ein sozialdemokratischer Antrag angenommen, wonach die durch Notverordnung den Kranken auferlegte Krankenschein- und Rezeptgebühre aufgehoben werden soll. Staatssekretär Grieser vom Reichsarbeitsministerium behauptete allerdings, daß die Zeit für die Aufhebung dieser Sonderbelastung „noch nicht gekommen“ sei. Die Vollversammlung des Reichstags wird also durch Vertagung des Ausschusses dafür sorgen müssen, daß die ungerechte Belastung der Versicherten so schnell wie möglich beseitigt wird.

Aufmarsch zum Bürgerkrieg In Berlin droht ein blutiger Sonntag

D. Berlin, 21. Januar. Ein Blutsonntag steht bevor — wenn nicht noch in letzter Stunde von der Volkspartei die Provokation der Kommunisten durch die Nationalsozialisten verhindert wird. Die Nazis haben auf dem Hülloppplatz, wo die Zentrale der KPD ihren Sitz hat, eine herausfordernde Demonstration angelegt mit dem Befehl: „Front gegen das Karl-Liebknecht-Denkmal.“ Vor dem Hause wollen Hitler und Goebbels die Parade der SA-Kolonnen abnehmen. Der Polizeipräsident, der von Brandt widerrufen ist, ist eingekerkert, hat diese Provokation der Kommunisten erlaubt, während er eine kommunistische Gegenmanifestation zum Schutze des bedrohten Liebknecht-Denkmales verbietet. Wenn nicht heute noch eine Wende eintritt, ist mit Bürgerkriegsentscheidungen am Sonntag zu rechnen.

Der Ausschuss stimmte ferner einem anderen sozialdemokratischen Antrag zu, wonach die Vorschriften der Notverordnung aufgehoben werden, die die Gewährung von Mehrleistungen durch die Krankenkassen unterbindet. Mit Unterstützung der Sozialdemokraten wurde dann ein kommunistischer Antrag angenommen, der die Verbesserungen der Juli-Notverordnung vom Jahre 1930 erhalten wissen will. Dieser Antrag war infolgedessen bemerkenswert, als die Kommunisten damals die ganze Notverordnung aufheben wollten, während die Sozialdemokratie die darin enthaltenen Verbesserungen anerkannte und durch Verhandlungen mit der Regierung noch weitere Zugeständnisse erzielte. Die damalige Haltung der Sozialdemokratie ist also jetzt durch die Kommunisten als richtig anerkannt worden.

Reichskanzler von Schleicher gibt bekannt, daß er heute mit dem stellvertretenden Reichskanzler für Preußen, Dr. Brauns, die Frage unteruchen wolle, ob mit Sicherheit Zusammenkünfte bei dem nationalsozialistischen Aufmarsch vermeiden werden können. Nach Auffassung des Reichskanzlers dürfe das Leben und die Gesundheit der Schutzpolizisten nicht aus Anlaß einer Demonstration gefährdet werden. Es soll darum geprüft werden, ob die Wachen am Hülloppplatz überflüssig genug ist, um eine Gefährdung der die Demonstranten begleitenden Polizisten auszuschließen. Vom Ergebnis dieser Prüfung werde es abhängen, ob die Demonstration endgültig aufgelassen wird, oder ob die Nationalsozialisten sich andere Auffstellungsplätze für ihre Kundgebung aussuchen müssen.

Nun soll Hitler noch einmal in die Fänge genommen werden. Unwillig Neues hinzuzulernen, ist der Militarismus nicht. Die Herren der Reichswehr haben die Hilflosigkeit der braunen Demagogen richtig begriffen und nehmen das Großmoral Hitler in die parlamentarische Fänge. Wenn die Nazipresse schreit, man solle Hitler als Führer der stärksten Partei nach altem Brauch das Reichskanzleramt übertragen, und Deutschland sei gerettet, so ist dies Bauernfängerei, denn ehe das Kabinetts Schleicher zum Stehen kam, hat Hindenburg bekanntlich Hitler angetragen, eine Mehrheitsregierung zu bilden. Nach langem Schwanken, Briefeschreiben, Verhandeln und Rückhandeln lehnte der große Opa schließlich ab. Er wollte nicht parlamentarischer Kanzler sein. Was also getert dieses Geschick jetzt über die Diktaturpläne der Herrenflübler? Nie hat eine Partei unentwegter gehandelt. Es ist unwahrscheinlich, daß diesmal eine parlamentarische Mehrheitsbildung unter Herrn Schindler gelingen sollte. Denn zu den Bedingungen, die das Zentrum stellen müßte, würde verfassungsmäßige, parlamentarische Regierungsweise gehören. Binnen kurzem wäre die Hitler-Partei vor dem letzten ihrer Jungwähler blamiert. Sozialdemokratische Sozialisierungsanträge liegen seit Monaten zu Händen des Reichstagspräsidenten.

Ein Vorstoß der Sozialdemokratie, und die Partei der Erneuerer würde aus ihren Reihen gestochen, stünde nach da. Wo Nazis jetzt für soziale Forderungen stimmen, geschieht's schon unter dem scharfen Druck der SPD. Als sie am Donnerstag im Sozialen Ausschuss des Reichstags die Hände hoben für den sozialdemokratischen Antrag, der die Hilfsbedürftigkeitsbestimmung bei Arbeitslosenunterstützung wieder aufhebt, taten sie das nach reichlichem Jögern. Im Haushaltsausschuss des Reichstags prangerten sozialdemokratische Anträge, die die Abschaffung der Krankenschein- und Rezeptgebühre forderten, und die die Aufhebung der Krankenschein- und Rezeptgebühre forderten, und die die Aufhebung der Krankenschein- und Rezeptgebühre forderten.